



Pressemitteilung

100_2025, 9. Oktober 2025

Der neue Alaufstieg der A8 muss jetzt endlich gebaut werden– kommunale Spitzen wenden sich mit einem offenen Brief an Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder

In einem offenen Brief wenden sich die Landräte sowie Oberbürgermeister und Bürgermeister der Region mit Nachdruck an Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder. Im Mittelpunkt Ihrer Forderung steht der seit Jahrzehnten überfällige Ausbau des Alaufstiegs der A8. Die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter - darunter Landräte sowie Oberbürgermeister und Bürgermeister aus dem Landkreis Göppingen, dem Alb-Donau-Kreis, der Stadt Ulm und dem Landkreis Esslingen - machen deutlich: Der Planfeststellungsbeschluss liegt vor, der Spatenstich ist für 2027 angekündigt – die Finanzierung müsse nun verlässlich sichergestellt werden.

„Ein Projekt von dieser Bedeutung darf nicht erneut ins Wanken geraten“, betont Geislingens Oberbürgermeister Ignazio Ceffalia. „Unsere Stadt, durch die die B10 verläuft, steht bei Staus oder Vollsperrungen auf der A8 regelmäßig still – die Situation ist für Bürgerinnen und Bürger sowie den Verkehr nicht länger hinnehmbar.“ Der Oberbürgermeister ist überzeugt, dass politische Zusagen eingehalten werden müssen. „Alles andere gefährdet das Vertrauen der Menschen in die Verlässlichkeit unserer Demokratie“, hebt Ignazio Ceffalia hervor. „Deshalb begrüßen wir die jüngste Mitteilung des Koalitionsausschusses, wonach zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt werden. Mit Nachdruck setzen wir uns nun dafür ein, dass der Alaufstieg höchste Priorität erhält und eine verbindliche Finanzierungszusage erfolgt.“

Die Verfasser des Schreibens sind sich einig: Der Alaufstieg ist nicht nur ein regionales, sondern ein gesamtwirtschaftliches Projekt von überragender Bedeutung. Ein weiteres Zögern oder gar ein Stopp gefährdet nicht nur die europäische Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraums zwischen Stuttgart und Ulm, sondern sendet auch ein fatales Signal: „Wenn selbst baureife Projekte von herausragender Bedeutung nicht umgesetzt werden können, grenzt dies an eine bundespolitische Bankrotterklärung“, heißt es in dem Schreiben.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner bekräftigen daher ihre geschlossene Haltung: „Wir erwarten, dass auch die Bundesebene ihre Verantwortung übernimmt: für die Menschen, für die Wirtschaft und für die Zukunft unserer Region.“

Der offene Brief ist dieser Pressemitteilung beigelegt.

Ihre Ansprechpartnerin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Stadt Geislingen an der Steige

Frau Christiane Wehnert

Rathaus

Hauptstraße 1

73312 Geislingen an der Steige

Tel: 07331 24 366

Mail: pressestelle@geislingen.de